



Update: der Terror und der israelisch-palästinensische Konflikt

(2. – 8. April 2014)



Die israelisch-palästinensischen Verhandlungen in der Krise: Mahmoud Abbas unterzeichnet Beitrittsgesuche der Palästinensischen Autonomiebehörde an internationale Sonderorganisationen und Konventionen (Wafa Nachrichtenagentur, 1. April 2014)

Übersicht

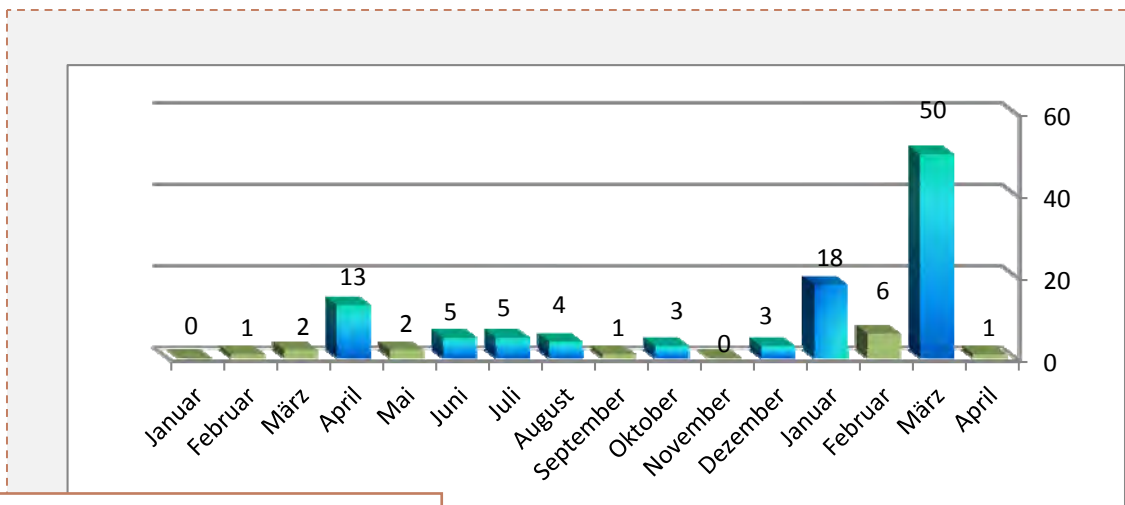
- In der vergangenen Woche wurde auf israelischem Staatsgebiet ein Raketeneinschlag identifiziert. Fünf Mörsergranaten wurden auf Ortschaften in der westlichen Negev-Wüste abgefeuert. In Reaktion auf diese Vorfälle flog die israelische Luftwaffe Angriffe auf mehrere Terrorziele im Gazastreifen.
- Die Krise in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen dauert an. Mahmoud Abbas kündigte an, aufgrund der israelischen Entscheidung, die vierte Stufe der Freilassung palästinensischer Häftlinge nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt durchführen zu wollen, werde er Beitrittsgesuche zu 15 internationalen Verträgen und Konventionen einreichen (er hat anscheinend nur 14 Gesuche unterzeichnet). Gleichzeitig behauptete er, den Verhandlungen und einer friedlichen Lösung des Konflikts verpflichtet zu sein.
- Die israelischen Medien meldeten, die israelischen und palästinensischen Verhandlungsteams hätten unter Teilnahme von Martin Indyk, dem amerikanischen Beauftragten für den Friedensprozess, mehrerer Sitzungen abgehalten. Den Berichten zufolge sei bei diesen Gesprächen jedoch kein Durchbruch erreicht worden.

Die Situation im Süden Israels

Raketenbeschuss

- In der vergangenen Woche **wurden aus dem Gazastreifen fünf Mörsergranaten auf Ortschaften in der westlichen Negevüste abgefeuert** (vier am 4. April 2014 und eine am 6. April 2014). Darüberhinaus wurde am 5. April ein Raketeneinschlag identifiziert. Es gab keine Verletzten und es entstand kein Sachschaden.
- Der Sprecher der de-facto Hamas Regierung im Gazastreifen **Ihab al-Ghussin**, behauptete, die kürzlich eingesetzten Raketenabschussrampen gehörten keiner der palästinensischen Organisationen und sie agierten außerhalb der „Abkommen für die Handhabung des Widerstands und den Umgang mit der Waffenruhe“ mit Israel. Er fügte hinzu, die Hamas Regierung versuche zu ermitteln, wer für diese Raketenabschussrampen verantwortlich sei (Raya-ps, 7. April 2014).

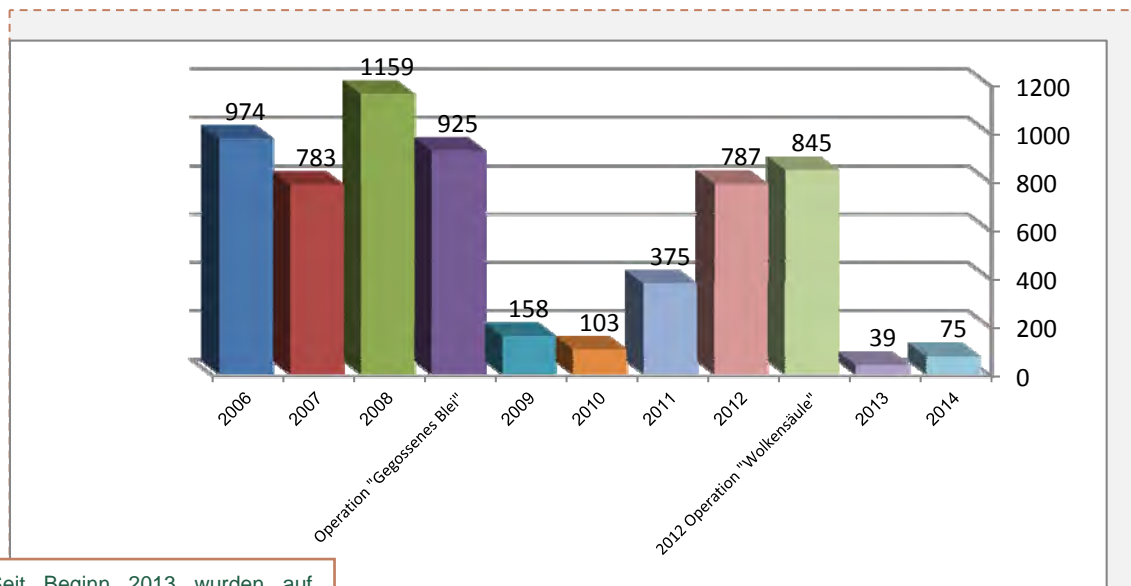
Raketeneinschläge im Süden Israels seit Beginn 2013¹



Seit Ende der Operation „Säule der Verteidigung“ (November 2012) wurden auf israelischem Staatsgebiet 114 Raketeneinschläge identifiziert (einschließlich der acht auf Eilat abgefeuerten Raketen).

¹ Stand: 8. April 2014. In diesen statistischen Angaben bleiben die Mörsergranateneinschläge unberücksichtigt.

Jahresstatistik der Raketeneinschläge im Süden Israels ²



Seit Beginn 2013 wurden auf israelischem Staatsgebiet 114 Raketeneinschläge identifiziert.

Israelische Reaktionen

■ In Reaktion auf das Raketenfeuer aus dem **Gazastreifen** flog die israelische Luftwaffe eine Reihe von Angriffen auf Terrorziele im Gazastreifen:

- Am **4. April 2014** flog die israelische Luftwaffe Angriffe auf vier Terrorziele im nördlichen und ein Terrorziel im mittleren Gazastreifen (IDF Sprecher, 4. April 2014). Die palästinensischen Medien berichteten, zwei Posten des militärisch-terroristischen Flügels der Hamas im mittleren Gazastreifen und eine Werkstatt im Raum Jabaliya (im nördlichen Gazastreifen) seien angegriffen worden. Die palästinensischen Medien meldeten weiter, zwei Palästinenser seien verwundet worden (Al-Rai'i, Filastin Al-'Aan, Safa Nachrichtenagentur, 4. April 2014).
- In der Nacht des **5. April 2014** flog die israelische Luftwaffe Angriffe auf vier Terrorziele im nördlichen und ein Terrorziel im südlichen Gazastreifen (IDF Sprecher, 6. April 2014). Die palästinensischen Medien berichteten, bei diesen Angriffen habe es keine Verletzten gegeben (Safa Nachrichtenagentur, Alray.ps, 6. April 2014).

² In diesen statistischen Angaben bleiben die Mörsergranateneinschläge unberücksichtigt.



Links: Terrorziel im Jabaliya Flüchtlingslager nach dem Angriff (Wafa Nachrichtenagentur, 4. April 2014). Rechts: Terrorziel im Gazastreifen nach dem Angriff am 6. April 2014 (Paltoday.-ps, 6. April 2014).

Judaä und Samarien

Anwälte festgenommen – sie hatten der Hamas Beihilfe geleistet

- Am 24. Februar 2014 nahmen die israelischen Sicherheitskräfte vier Verdächtige darunter einige Anwälte, aus Nablus und einen israelischen Araber aus dem Dorf Bana´a - ebenfalls Anwalt – fest. Sie werden verdächtigt, unter Einsatz ihrer Anwaltslizenzen und der damit verbundenen Priviligien, der Hamas Beihilfe geleistet zu haben.
- Bei der Untersuchung stellte sich heraus, dass sie ihre berufsbedingten Besuchsrechte dazu missbraucht hatten, **Botschaften von in israelischen Gefängnissen einsitzenden Hamasführern an Häftlinge in anderen Gefängnissen zu übermitteln, sowie an Hamas Aktivisten in Judäa, Samarien und dem Gazastreifen.** Die Vernehmungen ergaben weiter, dass **die Hamasführung im Ausland die Anwälte dazu eingesetzt hatten, Hamasaktivitäten innerhalb der Gefängnisse zu leiten.** Eine Organisation namens „International Solidarity for Human Rights“ in Nablus diene als Tarnung für ihre Aktivitäten. **Sie wurden von hochrangigen Hamas Persönlichkeiten im Gazastreifen finanziert und hatte große Geldsummen bei sich** (Israelischer Sicherheitsdienst, 7. April 2014).



Ein Teil des Bargeldes, das die festgenommenen Anwälte bei sich hatten
(Israelischer Sicherheitsdienst, 7. April 2014).

Hamas Aktivisten zu langen Haftstrafen verurteilt

■ Hamas Aktivisten, die die Hamaseinsätze in Jerusalem leiteten, wurden zu langen Haftstrafen verurteilt. Die Aktivisten waren 2011 vom israelischen Sicherheitsdienst festgenommen worden. **Bei ihrer Vernehmung stellte sich heraus, dass sie für die Hamas als „geheimes Hauptquartier“ in Jerusalem fungierten. Sie sammelten Spenden – auch aus dem Ausland – und intensivierten die Einflussnahme der Hamas auf die Bevölkerung von Ostjerusalem.**

■ Das „Hauptquartier“ war für das Hamas Einsatzbudget in Ostjerusalem verantwortlich und leitete eine Reihe von Hamaskomitees, die im sozialen, religiösen und pädagogischen Bereich tätig waren. Nach Angaben des Gerichts handelte es sich dabei um verbotene Aktivitäten, die darauf abzielten, durch Dienstleistungen an die Bevölkerung, den Einfluss der Hamas in Jerusalem zu festigen. Das Gericht unterstrich die enge Verbindung zwischen dem sozialen Einsatz der Hamas und ihrer militärischen Aktivitäten, was in der Vernehmung der Aktivisten und der Untersuchung der Gegebenheiten offensichtlich wurde (Israelischer Sicherheitsdienst, 6. April 2014).

Die gewalttätigen Ausschreitungen in Judäa und Samarien dauern an

■ Die im Rahmen des sogenannten „Volkswiderstands“ stattfindenden gewalttätigen Ausschreitungen dauern an. Israelische Zivilisten und Sicherheitskräfte wurden mit Steinen beworfen, auf den Landstraßen von Judäa und Samarien wurden Fahrzeuge mit Molotovcocktails beworfen. An den traditionellen Reibungspunkten (Bil'in, Ni'lin, Nebi Salah, Kadum Beit Umar usw.) fanden die üblichen Freitagsdemonstrationen statt; sie standen unter dem Zeichen der aufgeschobenen vierten Stufe der Freilassung palästinensischer Terroristen aus israelischer Haft. Die bedeutendste Demonstration fand in der Nähe des Bitunia Übergangs statt, in unmittelbarer Nähe der Ofer Haftanstalt (siehe unten).

■ In den Abendstunden des 6. April 2014 wurden im Raum Hawara, (südlich von Nablus), zwei Molotovcocktails auf einen Jeep der Grenzpolizei geworfen. Die Insassen erkannten einen in ihrer Nähe aufgestellten Palästinenser, der einen weiteren Brandsatz in der Hand hielt und ausholte, um ihn auf den Jeep zu schleudern. Sie eröffneten das Feuer – der Palästinenser wurde verletzt (Israelische Polizei, 6. April 2014). Es handelte sich dabei offensichtlich um einen langfristig geplanten Hinterhalt, - der Vorgang war gefilmt worden und wurde auf die Facebookseite des Hamas Forums hochgeladen.



Molotovcocktails werden in Hawara auf einen Jeep der Grenzpolizei geworfen (Video im Hamas Forum, 6. April 2014).

Für das Video hier klicken:

<https://www.facebook.com/photo.php?v=780591821952686&set=vb.114312025247339&type=3&theater>



Links: In Bethlehem blockieren Palästinenser den Straßenverkehr an der Rachel Kreuzung (Wafa Nachrichtenagentur 4. April 2014). Rechts: In Bil'in bereiten Palästinenser Steine vor, um bei den wöchentlichen Ausschreitungen gegen den Sicherheitszaun IDF Truppen damit zu bewerfen (Bil'in Facebookseite, 4. April 2014).

■ Palästinensische Medien berichteten, mehrere Palästinenser seien bei den Krawallen in der Nähe der Ofer Haftanstalt verwundet worden. Sie hatten sich dort versammelt, um ihre Solidarität mit den Häftlingen zu bekunden und gegen die Nichtdurchführung der vierten Stufe der Freilassung von Häftlingen zu protestieren. Unter den Demonstranten befand sich **Mahmoud al-Alul**, ein Mitglied des Zentralkomitees der Fatah (Al-Mayadeen, 4. April 2014).



In der Nähe der Ofer Haftanstalt bewerfen Palästinenser IDF Truppen mit Steinen (Wafa Nachrichtenagentur, 4. April 2014).

Terroranschläge im März 2014³

■ Im Vergleich zur Zahl der im Februar 2014 in Judäa und Samarien durchgeführten Terroranschläge, ist **die Zahl der Anschläge im März 2014 leicht angestiegen**. Insgesamt wurden im März 107 Anschläge durchgeführt (verglichen mit 101 Anschlägen im Februar). Im Raum Jerusalem wurden 14 Terroranschläge durchgeführt (etwa dieselbe Anzahl wie im Vormonat). In der Stadt selbst wurden weniger Anschläge durchgeführt, drei Anschläge (im Vergleich zu neun Anschläge in Vormonat). **Bei den meisten Anschlägen wurden Molotovcocktails eingesetzt** (95 Anschläge). Zehn versteckte Brandsätze wurden eingesetzt, vier Schießanschläge wurden durchgeführt und ein Messerangriff auf israelischem Staatsgebiet (Geha Kreuzung im Raum Tel Aviv). Bei diesen Anschläge wurden zwei Israelis verletzt, eine Zivilperson wurde mit dem Messer angegriffen und schwer verletzt, ein Grenzschutzpolizist wurde neben dem Rachelgrab in Bethlehem von einem Palästinenser mit Steinen beworfen und schwer verletzt (Israelischer Sicherheitsdienst, 5. April 2014).

Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern und IDF Soldaten

■ Jüdische Siedler griffen einen IDF Posten an, nachdem israelische Sicherheitskräfte im Dorf Itzhar illegal errichtete Baustrukturen zerstört hatten. Während des Einsatzes der Sicherheitskräfte wurden sie von Hunderten von Siedlern mit Steinen beworfen, Autoreifen wurden verbrannt, Straßen wurden gesperrt und die Reifen von einigen Militärfahrzeugen wurden aufgeschlitzt. Sechs Mitglieder der Einsatzkräfte wurden leicht verletzt. Zwei Tage zuvor war der Jeep des Kommandeurs der IDF Samarien Brigade mutwillig beschädigt worden, während der Kommandeur sich in Itzhar aufhielt (IDF Sprecher, 7. April 2014).

■ Der israelische Verteidigungsminister **Moshe Yaalon** bezeichnete die Angriffe als „**willkürlich Gewaltakte**“, **die in Judäa und Samarien gegen palästinensisches Eigentum, die israelischen Sicherheitskräfte, die Grenzpolizei und die Zivilverwaltung durchgeführt werden**. Er erklärte weiter, angesichts dieser Ereignisse **würden ernste Schritte unternommen werden, um Recht und Ordnung herzustellen und die Wiederholung solcher Vorfälle auszuschließen** (Ynet, 8. April 2014).

³ Nach Angaben des Israelischen Sicherheitsdienstes. In diesen Statistiken werden die Dutzenden Steinwurfanschläge nicht berücksichtigt.



Israelisches Militärfahrzeug, dessen Reifen aufgeschlitzt wurden (Foto: Gedalia für die Tazpit Nachrichtenagentur, 7. April 2014).

Die Entwicklungen im Gazastreifen

Der Rafah Grenzübergang

■ In der vergangenen Woche wurde der Rafah Grenzübergang für den Zivilverkehr geöffnet. Auch mehrere Hundert mit Baumaterial beladene Lastwagen erhielten die Genehmigung, über diesen Grenzübergang in den Gazastreifen zu fahren. Der Leiter der Grenzübergangsbehörde der Hamas Regierung **Maher Abu Sabha** erklärte, in den letzten Tagen sei sowohl auf palästinensischer, als auch auf ägyptischer Seite eine positive Haltung festzustellen; die ägyptischen Angestellten zeigten die klare Absicht, die Ausreise der Palästinenser zu erleichtern. Er zeigte sich erfreut über die Zahl der Ausreisewilligen, die den Grenzübergang tatsächlich benutzen konnten. In diesem Monat konnten erheblich mehr Personen ausreisen, als in den vergangenen Monaten (Al-Watan, 31. März 2014).

Möglicher Iranbesuch von Khaled Mashaal

■ **Mahmoud al-Zahar**, ein hochrangiger Hamasvertreter im Gazastreifen erwähnte laufende Kontakte und Vorbereitungen für eine Iranreise von Khaled Mashaal, dem Chef des Politbüros der Hamas, der den Iran besuchen und mit Ali Kahmenei, dem Obersten Führer des Iran zusammentreffen soll. Ein Hamas Sprecher, **Hassan Badran** erklärte, bisher sei noch kein Datum für diesen Besuch vereinbart worden (Al-Akhbar, 1. April 2014). Nach Meldungen in der in Kuwait erscheinenden Zeitung Al-Anbaa teilte der Iran der Hamas Führung unmissverständlich mit, dass eine „Rückkehr in den Schoß des Iran“ mit einigen Bedingungen verbunden ist – darunter auch eine Änderung der Hamas Haltung gegenüber dem syrischen Regime (Al-Anbaa, 7. April 2014).

Offizierskursabschlussveranstaltung

■ Am 2. April 2014 veranstaltete das Innenministerium der de-facto Hamas Regierung eine Abschlussveranstaltung für männliche und weibliche Offiziere. Das Thema der Veranstaltung lautete: „Der Weg der Shaheedin, standfeste Haltung und Sieg“. Der Chef der Hamas Regierung **Ismail Haniya** und Innenminister **Fathi Hamad** nahmen an der Veranstaltung teil. In seiner Ansprache erwähnte Fathi Hamad, sein Ministerium habe begonnen, Dutzende Schulen für das Militär und die Sicherheitsdienste zu bauen, in denen verschiedene paramilitärische Fächer unterrichtet werden sollen (Radio Al-Aqsa, 2. April 2014).



Links: Männliche und weibliche Offizierskursabsolventen. Rechts: Ismail Haniya und Fathi Hamad bei den Abschlussübungen (Paltoday.ps, 3. April 2014).

Hebräischunterricht im Gazastreifen

■ Nach Angaben in den palästinensischen Medien herrscht bei den Schülern des Gazastreifens ein wachsendes Interesse am Erlernen der hebräischen Sprache. Ihr Interesse folgt einer Entscheidung des Erziehungsministeriums der Hamas, den Unterricht der hebräischen Sprache als Wahlfach in 14 Schulen des Gazastreifens einzuführen. Einer der Schüler erklärte, das Erlernen der hebräischen Sprache sei von allen Palästinensern als Pflicht anzusehen, damit sie die „Sprache und die Kultur des Feindes verstehen, der unser Land besetzt und seine Denkweise kennenlernen“. Der stellvertretende Erziehungsminister der de-facto Hamas Regierung **Ziyad al-Thabet** erklärte, die Einführung der hebräischen Sprache in das Schulprogramm sei auf ausdrücklichen Wunsch und auf Anfrage der Schüler erfolgt. Er fügte hinzu, das Ministerium plane sogar die Ausdehnung des Programm und die Ausbildung zusätzlicher Lehrkräfte (Safa Nachrichtenagentur, 2. April 2014).

Die Palästinensische Autonomiebehörde

Krise in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen

■ Die israelisch-palästinensischen Verhandlungen, die Ende April 2014 zum Abschluss gebracht werden sollten, befinden sich in einer ernsten Krise. Am 1. April 2014 erklärte **Mahmoud Abbas** in einer Stellungnahme, in Reaktion auf die israelische Entscheidung, die vierte Stufe der Freilassung palästinensischer Häftlinge nicht zum festgesetzten Zeitpunkt (29. März 2014) durchzuführen, **werde er Beitrittsgesuche an 15 internationale Sonderorganisationen und Konventionen unterzeichnen**⁴ (deren Beitritt kein UN Zustimmungsvotum verlangen). In seiner Rede von der PA Führung sagte er, er sei den Verhandlungen verpflichtet und wolle eine durch Verhandlungen herbeigeführte Lösung des Konflikts anstreben, die parallel zur „friedlichen Widerstand“ verläuft (*muqawama silmiya*) (Al-Ayam, 2. April 2014).

⁴ Anscheinend hat er nur 14 Beitrittsgesuche unterzeichnet



Die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde entscheidet sich einstimmig für den Beitritt zu internationalen Verträgen und Konventionen (Wafa Nachrichtenagentur, 1. April 2014).

- Nach der Ankündigung von Mahmoud Abbas legte der Außenminister der PA **Riyadh al-Maliki** die Beitrittsgesuche zu den Internationalen Verträgen und Konventionen des „Staates Palästina“ formell vor (Wafa Nachrichtenagentur, 2. April 2014). Der stellvertretende Sprecher des UN Generalsekretärs erklärte, offizielle Quellen der Palästinensischen Autonomiebehörde hätten Beitrittsgesuche für den Beitritt zu internationalen Konventionen und Verträgen eingereicht. Er fügte hinzu, die palästinensische Führung und auch ihr Vorsitzender, hätten ausgedrückt, sie seien an einer Fortsetzung der Verhandlungen mit Israel unter amerikanischer Schirmherrschaft interessiert (UN Webseite, 2. April 2014).
- Parallel dazu **setzen die Verhandlungsteams ihre Gespräche auch weiterhin fort und versuchen, Wege zur Fortsetzung der Gespräche zu finden.** Bei einer Sitzung mit dem amerikanischen Friedensbeauftragten Martin Indyk brachte dieser verschiedene Vorschläge für eine Annäherung ein. Nach der Sitzung, die als „angespannt“ bezeichnet wurde, konnten sich die Verhandlungspartner nicht auf Schritte einigen, die das Vertrauen wiederherstellen könnten (Al-Quds Al-Arabi, 2. April 2014). Am 6. und 7. April 2014 fanden weitere Sitzungen mit Martin Indyk statt. Nach Angaben in den israelischen Medien wurde kein Durchbruch erzielt (Haaretz, 8. April 2014).
- Hinter den Kontakten versteckt sich **eine starre Verhandlungsposition der Palästinensischen Autonomiebehörde.** Nach den Worten von Saeb Erekat und Mahmoud al-Alul, einem Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, sind die palästinensischen Bedingungen für die Fortsetzung der Verhandlungen : die

Übermittlung eines schriftlichen Dokument, in dem der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu die Grenzen eines palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit der Hauptstadt Ostjerusalem anerkennt; die Freilassung von 1200 Häftlingen u. a. Marwan Barghouti, Ahmed Saadat und Fuad al-Shubaki; die Umsetzung der Abkommen über die Grenzübergänge (im Bezug auf den Gazastreifen) und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens; die Rückkehr der Ausgewiesenen des Zwischenfalls in der Geburtskirche⁵; ein Baustop in den jüdischen Siedlungen, Ostjerusalem und anderen Ortschaften; Familienzusammenführungsgenehmigungen für 15000 palästinensische Familien und Gewährung voller Staatsbürgerschaft; Verbot für Israelis, die Gebiete der Palästinensischen Autonomiebehörde zu betreten und Herrschaft der PA über die C Gebiete (Ma'an Nachrichtenagentur, 3. April 2014).



Palästinensische Karikatur: Der Weg zum Frieden ist blockiert (Al-Quds, 2. April 2014).

⁵ Am 2. April 2002, auf dem Höhepunkt der zweiten Intifada, flohen während eines IDF Einsatzes in Bethlehem 39 bewaffnete palästinensische Terroristen, hauptsächlich Aktivisten der Al-Aqsa Brigaden der Fatah, mit ihren Waffen in die Geburtskirche. Sie nahmen eines der Gebäude ein und nahmen 200 Zivilisten in ihre Gewalt. Hinter in der Kirche aufgebauten Barrikade verschanzt, beschossen sie die IDF Trupps. Nach einer mehrtägigen Belagerung der Kirche durch die IDF wurde ein Abkommen erreicht. 13 der maßgeblichen, im der Kirche befindliche Terroristen sollten in europäische Staaten ausgewiesen werden. Sechsunszwanzig wurden in den Gazastreifen deportiert.

Israelische Reaktion

■ Zu Beginn der wöchentlichen Kabinettsitzung erklärte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, die Palästinenser könnten nur auf dem Verhandlungsweg einen eigenen Staat erzielen – nicht durch inhaltslose Erklärungen oder unilaterale Schritte, die den Frieden in weitere Ferne rücken lassen. Nach den Worten des Ministerpräsidenten hat Israel schmerzhaft Schritte durchgeführt und seine Bereitschaft gezeigt, auch in den kommenden Monaten schmerzhaft Zugeständnisse zu gewähren, um zu einem Rahmenabkommen zu gelangen, das das Ende des Konflikts herbeiführen kann. Aber gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem Israel sich auf die Fortsetzung der Verhandlungen vorbereitete, kündigte Mahmoud Abbas an, er sei nicht einmal bereit, über die Anerkennung der Staates Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes zu verhandeln, obwohl er sich darüber im Klaren sein muss, dass es keinen Vertrag geben kann, ohne diese ausdrückliche und eindeutige Anerkennung von Seiten der Palästinenser. Ministerpräsident Netanjahu fügte hinzu, die palästinensische Führung habe sich unverzüglich und unilateralerweise an die UNO gewandt und Beitrittsgesuche zu 14 Konventionen eingereicht – ein grundlegender Verstoß gegen die Abkommen zwischen den Verhandlungspartnern. **Seinen Worten nach werden die Drohungen, sich an die UNO zu wenden, Israel in keiner Weise beeinflussen; die Palästinenser dagegen setzen durch diesen unilateralen Schritt viele Dinge aufs Spiel** (Webseite des Ministerpräsidenten, 6. April 2014).

Reaktionen der Hamas

■ **Die de-facto Hamas Regierung lobte Mahmoud Abbas für seine Entscheidung, Beitrittsgesuche an UN Sonderorganisationen und Konventionen einzureichen und beglückwünschte ihn dafür.** In einem Sitzungsbericht im Anschluss an eine Hamas Regierungssitzung wird Israel verurteilt und beschuldigt, die Verhandlungen dazu ausgenutzt zu haben, „die vierte Stufe der Häftlingsfreilassung zu umgehen“. Dieser Stellungnahme nach verstößt Israel durch diese Versuche gegen das Völkerrecht. Die Erklärung rief zu einer sofortigen Einstellung der Verhandlungen mit Israel auf (Al-Ra’i, 1. April 2014). Der Sprecher der Hamas Regierung **Ihab al-Ghussin**, verlangte die Ausarbeitung einer, auf dem Ende der Verhandlungen basierenden „nationalen Strategie“ und die Wahl des „Widerstands“ (sprich: Terror und Gewalt), als einzige Art und Weise, mit Israel umzugehen (Palestin-info.info, 1. April 2014).

Propagandaveranstaltungen

Konferenz zur Förderung palästinensischer Produkte und zum Boykott von Waren aus den Siedlungen

■ In Ramallah fand am 30. März 2014 eine Konferenz zur Förderung palästinensischer Produkte und zum Boykott in israelischen Siedlungen hergestellter Produkte. Die Konferenz stand unter der Schirmherrschaft von Mahmoud Abbas. Hochrangige Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde, auch Ministerpräsident Rami Hamdallah, waren vertreten. Rami Hamdallah überbrachte eine Grußbotschaft von Mahmoud Abbas, in der er die Notwendigkeit unterstrich, im Kampf gegen die „israelische Besatzung“ größere Anstrengungen zu unternehmen. Er erklärte, der „Volkswiderstand“ habe Erfolge gezeigt, rief zum Boykott von Waren aus israelischen Siedlungen auf und zu einer verstärkten Erkenntnis der Bedeutung des Kaufs von palästinensischen Waren (Wafa Nachrichtenagentur, 30. März 2014). **Sultan Abu al-Einin**, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah und NGO Beauftragter von Mahmoud Abbas rief dazu auf, auch in Israel hergestellte Waren zu boykottieren (Facebookseite von Sultan Abu al-Einin, 30. März 2014).



Rami Hamdallah überbringt die Botschaft von Mahmoud Abbas (Wafa Nachrichtenagentur, 30. März 2014.)